

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 45 / 41. Jg.

9. Novbr. 1928

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4208.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24 - Druck und Expedition
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

Zum 9. November.

Der Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses, als nächstes großes Ziel die Demokratisierung der Wirtschaft anzustreben, der ein so lebhaftes Echo ausgelöst hat, zeigt deutlicher als lange Reden, welche Aufgaben dem 9. November 1918 gestellt waren.

Wenn diese Nummer des Verbandsorgans in die Hände der Kollegen kommt, sind gerade 10 Jahre verflossen, da das deutsche Volk unter Führung der Arbeiterklasse ein politisches Herrschaftssystem über Bord warf, das eigentlich 70 Jahre früher hätte sterben müssen. Das ist das Versäumnis deutscher demokratischer Geschichte, daß sie aus Angst vor dem politischen Erwachen des wachsenden Proletariats ihre historische Aufgabe verriet und unter die Fittiche eines modifizierten Absolutismus kroch. Wohl hatte das Bürgertum in der 48er Revolution sich das Recht der Ausbeutung der Besitzlosen durch Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erstritten, aber nur erstritten unter Aufgabe ihres politischen Zieles, der Demokratie. Nichts, aber auch rein gar nichts war Wirklichkeit geworden, was der Konvent in der Frankfurter Paulskirche an demokratischen Postulaten proklamierte. Die aufrechten demokratischen Elemente wanderten in die Gefängnisse, dieweil das Bürgertum seinen politischen Frieden mit der Reaktion machte.

Die Deutsche Geschichte nach 1848 ist der Ausfluß des bürgerlichen Versagens seiner historischen Aufgabe gegenüber. Wohl nahm die Wirtschaft des Bürgertums, der Kapitalismus, einen glänzenden Aufstieg. Aber die politische Führung des Staates blieb in den Händen derer, die angeblich von Gottesgnaden waren. Daher kam es auch, daß wirtschaftlich der Individualismus regierte, politisch aber der Absolutismus in Deutschland in der Macht saß. Welche Verhältnisse aus diesem Dualismus erwachsen und erwachsen mußten, hat uns die Geschichte und das Erlebnis gelehrt.

Wer die Geschichte und das Wirken, besonders der politischen Säule der deutschen Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit kennt, weiß, wie sehr Wirken und Geschichte beeinflusst waren durch das Versagen des deutschen Bürgertums in seiner Revolution. Daß Ferdinand Lassalle 1863 die deutsche Arbeiterschaft mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, die bis zum 9. November 1918 eine heiß umstrittene Forderung blieb, zur politischen Aktivität aufrief, um den Absolutismus zu stürzen, kennzeichnet das Versäumnis des Bürgertums drastisch genug. Und die deut-

sche Arbeiterschaft mußte erst die aufgegebenen historische Aufgabe der bürgerlichen Demokratie lösen, ehe sie an ihre von der Geschichte gestellte Aufgabe herangehen konnte.

Darin liegt die Bedeutung der Novembertage von 1918, daß sie unter die Herrschaft des politischen Absolutismus den Schlußstrich zogen und die politische Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger brachten. Ihr sichtbarer Ausdruck ist die Republik, deren Grundgesetz ist: Alle Macht geht vom

es galt zu gestalten, feierte der Bruderkampf seine höchsten Triumphe. Trotzdem ist viel erreicht; der Verrat des Bürgertums an seiner historischen Aufgabe ist durch das Proletariat getilgt. Auch diese Etappe ließ sich nicht überspringen. Nach dieser gewonnenen Klarheit marschiert die Arbeiterklasse bewußt ihrem Ziele der klassenlosen Gesellschaft zu.

Das Echo der kapitalistischen Welt auf die Proklamation des Hamburger Gewerkschaftskongresses nach Demokratisierung der Wirtschaft nach vollzogener politischer Demokratie, ist die Bekundung, daß die Gegner der Gemeinwirtschaft wissen, um was es geht. Der Kampf um die soziale Fürsorge, die riesenhaften Wirtschaftskämpfe und die Auseinandersetzungen im Lager der politischen Reaktion sind die Zeichen dafür, daß die Arbeiterklasse trotz aller Schwierigkeiten reitet. Die offene Auflehnung der Metallbarone gegen die demokratische Staatsmacht, die zweifellos in der verfügten Aussperrung trotz Vorliegen eines rechtsverbindlichen Schiedsspruches liegt, zeigt deutlich die Richtungen an, in der die Reaktion das Proletariat anzugreifen und zu schlagen gedenkt. Sehr richtig sieht das Unternehmertum in der demokratischen Staatsmacht seinen augenblicklich stärksten Feind, den es vorerst zu vernichten gilt. Denn es weiß sehr genau: Steht das Proletariat unter der Fahne des Sozialismus erst einig zusammen, ist ihnen die Waffe des Staatsapparates zur Befriedigung ihrer egoistischen Triebe verloren.

Aber die Renitenz der Stahlbarone gegen die demokratische Staatsmacht zeigt noch ein zweites: die Novemberrevolution hat nicht nur die politische Macht des Volkes gebracht, sondern die soziale Revolution in ein neues Stadium geführt. Neben die Erringung der politischen Macht ist für die Arbeiterklasse die Erringung der sozialen Macht getreten. Letzteres kann nicht ein Akt, sondern muß ein Prozeß sein. Geht auch die geschichtliche Entwicklung durch ständige Konzentration des Kapitals auf den Wegen des Sozialismus, verbleibt es doch der Arbeiterklasse, durch bewußtes Handeln diese Entwicklung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die Arbeiterklasse hat also eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: Die Errungenschaft der politischen Demokratie als Lösungsaufgabe der Novemberrevolution zu erhalten und ihr die soziale Demokratie durch Erringung der demokratisierten Wirtschaft an die Seite zu stellen! Das ist es, was der 10. Jahrestag der Novemberrevolution lehrt. Von dieser Erkenntnis hängt der weitere Aufstieg der Arbeiterklasse ab.

Deutsche Republik!

Wir fürchten die Gestirnen nicht, die dich spotten,
Und deinen Leib schänden in Falschheit und Verrat.
Armelige sie, die noch hungern nach dem kläglichsten Mahl
der Vergangenheit,
Und nicht sehen wollen den Aufmarsch des Heute!
Wo doch ein Volk, fast verbrannt in den Feuern des
Todes, aufstand
Und wieder den Arm hob gegen die Sonne.
Millionen Stimmen schreiten zuhauf, ein Wind schwörender
Rufe,
Mutigen Sinnes, gefammelt, eine unendliche Schar mit
gepanzertem Herz in den Fahnen:
Dir zugetan, o Hort und Heimat, deutsche Republik!
Wir alle lieben das Fundament, grundgelegt von den Vätern,
Und heilig sei uns das Tun,
Herzurichten die ewige Wohnung.
So stehen wir, Werkleute des Volkes,
Hingewandt dem aufdämmernden Morgen,
Fahnenumwogt, umraucht von den Trommeln der Freude.

Walter G. Orshilewski.

Volke aus! Diese Grundlage braucht die Arbeiterklasse, will sie ihre historische Aufgabe erfüllen. Das ist wohl überhaupt das entscheidendste Merkmal proletarischer Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, daß sie aller bisherigen Diktatur die Demokratie entgegengesetzt. Die politische Demokratie ist erungen; ihr muß folgen die Demokratisierung der Wirtschaft, auf daß aus beiden die soziale Demokratie, der Gesellschaftszustand der Zukunft erwachsen kann.

Es ist klar: Eine politische Aufgabe, die vor 70 Jahren zur Lösung reif war, läßt bei so starker wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Entwicklung und völliger Überreife viele Hoffnungen ungestillt. Hat der 9. November 1918 nicht gebracht, was viele erträumten, liegt es bestimmt nicht am 9. November. Gewiß kann man mit Recht darüber zetern, daß zur Zeit, da die politische Macht in Deutschland in der Gosse lag, manches von der Arbeiterklasse anders gestaltet werden konnte. Aber man vergesse nicht: Wo

Der Gewaltstreik der Ruhrherren.



Ist es ein Kampf auf Blößen oder Brechen, der im Westen begonnen hat? — Noch läßt sich die Lage nicht übersehen. Die Börse, das Stimmungsbarmeter der kapitalistischen Wirtschaft, ist optimistisch. Nach dem ersten Schrecken kletterten am Freitag sogar die Kurse für Eisenwerte empor. Die Börse glaubt nicht an eine lange Dauer des Kampfes, sie scheint mehr an einen Dummengunststreik der Scharfmachergruppe um Reusch zu glauben, der vom Väterchen-Staat schon rechtzeitig eingeregelt werden wird. Eigenartig ist, daß zahlreiche Käufe aus dem Rheinland erfolgen. Vielleicht steht auch ein Börsencoup mit im Hintergrund.

Der Anlaß zu dem großen Arbeitskampf in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie ist die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches, der den Lohn im Durchschnitt um 4—5 Proz. erhöht und die gesamten Selbstkosten um 2—3 Proz. steigert, je nach dem Anteil des Lohnes am Erzeugnis. Begründet wurde das Vorgehen der Unternehmer natürlich mit der bekannten „Untragbarkeit“ der Lohnforderung. Die Gewerkschaften haben während der Schlichtungsverhandlungen noch vor der Fällung des Schiedsspruches den Vorschlag gemacht, die Gesteuerungskosten der Eisenindustrie zu prüfen. Die Unternehmer haben dankend abgelehnt, — mit guten Gründen, denn der Eisenindustrie geht es wirklich nicht schlecht. Es handelt sich zweifellos nicht nur um einen Lohnkampf, sondern um einen Angriff der Unternehmer auf das Schlichtungswesen.

Am Sonabend, dem 27. Oktober, dem Tag nach der Fällung des Schiedsspruches in der Eisenindustrie, erklärte die Bergwerkszeitung: „Man möchte wünschen, daß das Unternehmertum sich endlich aufrufft und sich zu einer festen Front zusammenschließt, um eine Lohnpolitik zu bekämpfen, die zum Unheil unserer Wirtschaft seit mehreren Jahren betrieben wird. Diese Lohnpolitik bildet ein dauerndes Moment der Unruhe, sie macht jedes vernünftige Arbeiten unmöglich und sie verurteilt eine deutsche Industrie nach der anderen zur Unrentabilität. Sie will nicht den Arbeitern ihre berechtigten Anteile an der Produktion verschaffen, sondern sie erpreßt, gestützt auf die politische Macht der Sozialdemokratie, Lohnerhöhungen ohne jede Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft, gleichgültig, ob diese sich in einer aufsteigenden oder absinkenden Konjunktur befindet, ob sie die vermehrten Unkosten tragen kann oder nicht. Es wäre ein Verdienst des Unternehmertums, wenn es durch eine Generaloffensive die Gefahr beseitigte, die diese katastrophale Lohnpolitik heraufbeschwört.“

Nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches haben die zorngeblähten Unternehmer der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie die Generaloffensive eröffnet. An die 250 000 Arbeiter liegen schon auf der Straße. Aber blinde Wut ist ein schlechter Ratgeber. Der Angriff der Unternehmer ist mangelhaft vorbereitet und noch schlechter eingeleitet. Sie haben sich einen denkbar ungünstigen Moment ausgesucht, gegen die Gewerkschaften und gegen den Staat anzurennen. Wollen sie nur einen Einschüchterungsversuch machen, dann haben sie sich gründlich verrechnet, sollten sie zu einer Katastrophenpolitik entschlossen sein, dann liefern sie nur den Beweis, daß die Leitung der Schwerindustrie nicht mehr in ihren Händen gelassen werden darf.

Schon im vorigen Winter hatte die Eisen- und Stahlindustrie zu einem großen Angriff ausgeholt. Die Kündigung war ordnungsmäßig ausgesprochen, die Stilllegung der Betriebe drohte als Neujahrgeschenk für die Arbeiterschaft. Die damals schon wankende Bürgerblockregierung kam den Unternehmern sehr entgegen. Die Kündigungen wurden zurückgezogen. Diesmal haben sich die Unternehmer in einen „wildem“ Arbeitskampf gestürzt. Erst schien es, als ob die Kündigungen zum „Zweck der Stilllegung“ erfolgt seien. Diese Kündigungen wären aber nichtig gewesen, da die nach der Stilllegungsverordnung verlangte vierwöchige Frist nicht eingehalten wurde. Außerdem hätte bei einer Stilllegung die Arbeiterschaft gesetzlichen Anspruch auf Zahlung der Arbeitslosenunterstützung. Das wollten die Unternehmer natürlich unter allen Umständen verhindern, da ihre Stellung sonst von vornherein aussichtslos geworden wäre. So bissen sie in den anderen sauren Apfel und teilten dem Arbeitsnachweis offiziell mit, daß die Arbeiter zum „Zweck der Aussperrung“ entlassen worden seien. Das heißt, sie geben den Tarifbruch zu, der den Unternehmerverband schadenersatzpflichtig gegenüber den Gewerkschaften und gegenüber den einzelnen Arbeitern macht. Die Gewerkschaften können die ausgezahlten Unterstützungen zurückfordern, die Arbeiter können noch den Unterschied zwischen Unterstützung und Tariflohn einklagen.

Die Lage der Unternehmer wird dadurch nicht geändert, daß sie die Rechtmäßigkeit des Schiedsspruches anfechten und eine Nichtigkeitsklage eingereicht haben. Wenn sie den Rechtsweg einschlagen wollten, durften sie nicht die Aus-

sperrung vornehmen. Außerdem sind ihre rechtlichen Einwände ganz aussichtslos. Die schlimmsten Scharfmacher Deutschlands haben sich in eine Klemme hineinmanöviert, um die sie niemand beneiden wird.

Die Arbeiterschaft sieht den ihr aufgezwungenen Kampf mit Ruhe entgegen. Den unorganisierten Arbeitern, annähernd 100 000 von den 250 000 Ausgesperrten, wird der „Klassenkampf von oben“ einhämmern, daß sie in die Gewerkschaft gehören.

Die Kündigung der Unternehmer ist keine Aussperrung im Sinne des Gesetzes, sondern eine widerrechtliche Handlung. Es handelt sich auch gar nicht um eine wirtschaftliche Kampfmaßnahme im Sinne des Paragraphen 94 der Arbeitslosenversicherungsgesetzes, sondern um einen politischen Angriff der Unternehmer auf den Staat in Form einer Massenaussperrung. Die Gewerkschaften erheben darum Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung für die Ausgesperrten. Die Entscheidung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung steht noch aus.

AN DIE KOLLEGESCHAFT

Für die Beurteilung wichtiger Vorgänge im Gewerbe sind den wirklichen Verhältnissen entsprechende Unterlagen von großer Bedeutung. In Erkenntnis dieser Tatsache hat der Verbandstag beschlossene, Zahl und Umfang unserer regelmäßigen Erhebungen zu steigern.

Der Verbandsvorstand beginnt nunmehr die Reihe dieser Umfragen mit einer, die die persönlichen und beruflichen Verhältnisse der Kollegen betrifft. Deshalb muß zur Einzelbefragung aller Kollegen geschritten werden. Zu diesem Zweck wird jedem Kollegen in der letzten Novemberwoche von den Mitgliedschaftsvorständen ein Formular übermittelt. Wir bitten, dieses Formular vollständig und genau auszufüllen und an den Vertrauensmann oder Ortsvorstand pünktlich am 1. Dezember zurückzugeben. Je genauer die Angaben sind, um so einfacher wird sich die Bearbeitung der Statistik bewerkstelligen lassen. Dazu kann jeder Kollege durch gewissenhafte Mitarbeit beitragen. Diese soll sich auch darauf erstrecken, daß säumige und lässige Kollegen zur Beantwortung der Fragen angehalten werden.

DER VERBANDSVORSTAND

Die „staatszerhaltenden“ Unternehmer haben sich gegen den Staat aufgelehnt, weil er ihnen nicht paßt. Den 10. Jahrestag der Republik feiern sie mit einer Revolte, die ihnen hoffentlich schlecht bekommen wird. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Drahtzieher im deutschnationalen Lager sucht, bei der radikalen Gruppe um Generaldirektor Reusch von der Gute-Hoffnungshütte und bei dem neuen Parteidiktator der Deutschnationalen, Hugenberg, der die engsten Beziehungen zur Schwerindustrie unterhält. Für deutschnationale Putsche aber ist die Lage nicht reif und wird es nie mehr werden. Hugenberg wird sich im Ruhrgebiet keine Lorbeeren holen und bei dem angekündigten Stahlhelm-Volksbegehren noch weniger.

Von mancher Seite wird die Lage in der Eisenindustrie zu schwarz gesehen. Man stellt Vergleiche mit dem großen englischen Bergarbeiterstreik an, der Unternehmern und Arbeiterschaft schweren Schaden brachte. In Deutschland liegen die Dinge anders. Der Staat hat es in der Hand das schlimmste Unheil zu verhindern. Sollte aber das Unternehmertum fortfahren, mit außergesetzlichen Mitteln zu kämpfen, dann würde die Stilllegungsverordnung einen Weg zeigen, wie man die Schlüsselindustrien aus den Händen von Leuten nimmt, die sich ihrer Verantwortung gegen das Volksganze nicht bewußt sind.

Kann der deutsche Arbeiter sparen?



Ein Nachwort zum Weltspartag.

Nach einem Bericht des ersten internationalen Sparkassenkongresses, der im Jahre 1924 in Mailand stattfand, wird jetzt alljährlich am 31. Oktober ein „Weltspartag“ veranstaltet, ein „Weltfeiertag der Sparkassen“. Mit deutlicher Anspie-

lung auf den 1. Mai, den Weltfeiertag der Arbeit, heißt es in der Entschließung dieses Kongresses: „Dieser Tag soll nicht ein Tag des Müßigganges sein, sondern ein Tag der Arbeit, an dem die Handlungen aller von dem Ideal der Sparsamkeit erfüllt sein sollen, ein Tag, der der Verbreitung dieses Ideals durch Beispiel, Wort und Bild geweiht ist.“ Dem Sinn der reichlich salbungsvollen Worte dieses Beschlusses entsprechend, merken die deutschen Arbeiter und Angestellten von der alljährlichen Wiederkehr dieses „Weltfeiertages“ bisher kaum etwas anderes, als daß die deutschen Sparkassen alle Jahre wieder zu diesem Zeitpunkt eine vermehrte Werbetätigkeit entfalten mit Plakaten, Umzügen, Filmen usw., was sicher da und dort auch Erfolge brachte. In Deutschland ist eine Werbung für den Spargedanken infolge der bösen Erfahrungen der Inflationsjahre besonders nötig. Das Vertrauen in die Sicherheit der Währung ist indes so weit gefestigt, daß man auch in Deutschland sagen kann: Wer sparen kann, der tut es, ohne sich Befürchtungen hinzugeben, daß in absehbarer Zeit wieder eine Währungskatastrophe dieses Umfanges und damit eine Entwertung der Spargelder möglich sein könnte.

Die „Deutsche Sparkassen-Zeitung“ brachte auch in diesem Jahre anlässlich des Weltspartages wieder eine Festnummer heraus. Darin finden wir unter anderem auch eine Welt-Sparkassen-Statistik, in der die Steigerungen der Spareinlagen aller Länder gegenübergestellt werden. Die Ziffern sind zum Teil dem Jahrgang 1927 des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich entnommen, dessen Jahrgang 1928 in diesen Tagen erschienen ist, zum größten Teil aber dem Heft 7 des Jahrganges 1928 einer in französischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „L'épargne du monde“ (Das Sparwesen der Welt). Die Feiertagsstimmung ließ es der „Deutschen Sparkassen-Zeitung“ wohl nicht angebracht erscheinen, zu den Ziffern einige Bemerkungen zu machen, obgleich dazu manches zu sagen ist. Weil aber der ganze Inhalt dieser Festausgabe wieder auf den Ton gestimmt ist, den deutschen Arbeitern und Angestellten „vernünftige Verwendung des Einkommens“ zu predigen, seien hier die Ziffern ein wenig unter die Lupe genommen. Um die Leser nicht mit Tabellen zu langweilen, beschränke ich mich auf die Ziffern der Hauptländer.

In Deutschland sind die Spareinlagen von 1,6 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf 4,6 Milliarden Mark Ende 1927 gestiegen. Nach der soeben erschienen Ausgabe 1928 des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich sogar bis Februar d. J. auf 5,3 Milliarden Mark, ja, nach neuesten Veröffentlichungen bis August 1928 sogar auf 6,3 Milliarden Mark. Es wäre müßig, hier eine Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung vorzunehmen. Jeder der unzähligen Arbeiter und Angestellten, die trotz „vernünftiger Verwendung ihres Einkommens“, eben wegen der Unzulänglichkeit ihrer Löhne und Gehälter, einfach nicht sparen können, würde feststellen, daß die Umrechnung auf den Kopf bei seinem eigenen Kopf leider nicht stimmt. Dieses „Kopfrechnen“ sollte daher besser unterbleiben, als andere Berechnungen, die an Hand der geringen Durchschnittshöhe der Einzahlungen den überwiegenden Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an diesen Spareinlagen beweisen wollen, unseres Erachtens nichts weiter beweisen, als daß es sich in der Mehrzahl der Fälle nur um kurzfristige Rücklagen handelt, die bei der nächstfälligen größeren Anschaffung, die nötig wird, wieder abgehoben werden müssen. Wenn es noch eines Beweises für die niedrige Sparkraft der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger bedürfte — der Umstand, daß gegenüber den 6,3 Milliarden Mark der heutigen Spareinlagen die gesamten Spareinlagen bei öffentlichen Sparkassen im deutschen Reich 1913 nicht weniger als 18,8 Milliarden Mark, also genau dreimal so viel betragen haben, spricht Bände. Dabei ist das durch den Friedensvertrag verlorengegangene Reichsgebiet nicht einmal mit eingerechnet und natürlich die geringere Kaufkraft der heutigen Reichsmark nicht berücksichtigt.

Noch eindringlicher sprechen die internationalen Ziffern. Das kleine Dänemark, das mit 3,4 Millionen Einwohnern geringer bevölkert ist als Berlin, hat im Jahre 1927 in Reichsmark umgerechnet einen Spareinlagenbestand von 2,2 Milliarden Mark, also den dritten Teil der Summe, die heute das mehr als dreifach so stark bevölkerte große Deutsche Reich an Spareinlagen hat. Die kleine Schweiz mit 3,8 Millionen Einwohnern hatte im Februar 1928 Spareinlagen im Betrage von 1,7 Milliarden Franken allein bei den Sparkassen des Kantonalbanken-Verbandes; unter Hinzurechnung sonstiger Sparinstitute dürfte die Gesamtgröße dem gleichen Betrag in Reichsmark, somit 1,6 Milliarden Mark, entsprechen. Großbritannien mit 42,1 Millionen Einwohnern hatte Ende 1927 nicht weniger als 18,7 Milliarden Mark Spareinlagen. Selbst Frankreich mit seiner entwerteten Währung hatte Ende 1927 in Reichsmark umgerechnet 2,3 Milliarden Mark Spareinlagen bei einer Bevölkerung von nur zwei Drittel der deutschen (40,7 Millionen Einwohner.)

Blicken wir nach Übersee, so schrumpfen die deutschen Ziffern in ihrer ganzen Winzigkeit zusammen. Die Vereinigten Staaten von Nordam-

rika hatten in Reichsmark umgerechnet Ende 1927 nicht weniger als 107 Milliarden Mark Spareinlagen bei 105,7 Millionen Einwohnern — also — wir wollen hier einmal „kopfrechnen“ — auf den Kopf der Bevölkerung zehnmal so viel als bei uns, nämlich dort auf den Kopf 1000 Mk., bei uns nur 100 Mark. Die ganz wesentlich bessere Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters sei hier nur nebenbei erwähnt. Das andere große nordamerikanische Land, Kanada, hatte bei nur 8,6 Millionen Einwohnern, 8,8 Milliarden Mark Spareinlagen. Australien mit nur 5,4 Millionen Einwohnern (ohne die Ureinwohner) hatte Ende 1927 fast genau so viel Spareinlagen wie Deutschland mit seinen 63 Millionen Einwohnern, nämlich 4,2 Milliarden Reichsmark.

Doch lassen wirs genug sein des grausamen Spiels. Der Blick in die nüchternen Zahlen der Welt-Sparkassen-Statistik zeigt uns aufs deutlichste, wie unzulänglich die deutschen Löhne und Gehälter sind.

Julius Fries.

Fragen der Gewerbehygiene.

Von Berufskrankheiten spricht man, wenn ein hoher Prozentsatz der Ausübenden eines Berufes von einer bestimmten Krankheit befallen wird und ihr nach allmählicher Zermürbung zum Opfer fällt. Es tritt also die Zahl der Fälle aller anderen unter den Berufsbeschäftigten vorkommenden Krankheiten hinter die Zahl einer ganz besonderen, aus den zerstörenden Einwirkungen der Arbeit hervorgehenden Krankheit zurück. Die Kennzeichnung Berufskrankheit wird aber viel öfter in unzutreffender als in zutreffender Weise gebraucht. Es werden oft leichtlin Lungenschwindsucht, Herzneurose, Nervenleiden und andere in Häufigkeit auftretende Berufskrankheiten genannt, obwohl die Häufigkeit in fast allen gewerblichen und geistigen Arbeitsgebieten vorkommt und eine direkte Beziehung zum ausgeübten Berufe nicht in Frage kommt. In welchem Maße Arbeitsvorgänge die ausschließliche Schuld an häufig auftretenden Erkrankungenarten haben, das ist nur in wenig Berufen feststellbar. Die überwiegende Menge der Krankheitsfälle in den wertigsten Kreisen stammt mit von Arbeitsvorgängen, aber in Konkurrenz mit anderen arbeitsfremden Einwirkungen auf den menschlichen Organismus. Die wirklichen, den arbeitenden Menschen nach und nach aufreißenden Berufskrankheiten sind erkannt und könnten überhaupt nur verschwinden, wenn der ganze Arbeitsvorgang überflüssig würde und durch unschädliche Werkmethoden ersetzt werden könnte. Es sei denn, daß beim einzelnen Selbsterhaltungstrieb und überintensive Bekämpfung des Krankheitsreggers Sieger bliebe. Eine größere Aufmerksamkeit aller verdienten jetzt die vielen gewerblichen Erkrankungen, die seit einem Jahrzehnt in weit größerer Menge auftauchen als man es früher kannte und für welche die Bezeichnung Berufskrankheit nicht anwendbar ist, weil ein und dieselbe Ursache zu ganz verschiedenartigen Erkrankungen führt. Die Vielartigkeit der gewerblichen Erzeugnisse wird immer größer und unübersichtlicher, die Normungsschwärmerei von 1919 und 1920 ist längst vergessen und mit ihrem volkswirtschaftlichen Wert rechnet kein Mensch mehr. Beweise für die wachsende Verschiedenartigkeit in der Warenerzeugung sieht man tagtäglich und es genügt ein einziges Beispiel herauszugreifen. Ostwald erfand die Farbnormung. Das wichtigste Erzeugnisgebiet für ihre Anwendung war die Textilindustrie. Mit drei bis sechs Nuancen von jeder Farbe sollten in der gesamten Textilindustrie alle Stoffe reichhaltig genug gefärbt, sollten die Käuferwünsche genügend befriedigt werden. Und nun sehe man sich acht Jahre später die unzählbare Menge an Farbtönen in Stoffen aller Art um zu erkennen, daß Käufergeschmack und Konkurrenz stärkere volkswirtschaftliche Elemente sind als alle Normungsphantasien. So ist es in der ganzen Warenerzeugung. — Die Zunahme an Ursachen zu den gewerblichen Erkrankungen liegen auf chemischem Gebiete. Ein sehr großer Komplex der Industrieprodukte erfordert die Verwendung von chemischen Stoffen als Herstellungsmittel. Vor dem Kriege bezog man die dazu notwendigen Urstoffe und Halbfabrikate zum überwiegenden Teil aus dem Auslande. Sie waren von pflanzlicher, tierischer und erdiger Art, wie wir sie in unsern Zucht- und Bodenschätzen nicht haben. Staatswirtschaftliche Umstände zwangen uns die Einfuhr zu stoppen und eine sehr beträchtliche Menge chemischer Produkte aus Inlandsurstoffen zu erzeugen. Wir gewinnen sie aus der Kohle, teils auf dem Umweg über die Vergasung und Verkokung, teils sogar durch direkte Absude ohne diesen Umweg. Pech, Teer, Ammoniak, Öle, werden heute durch tiefere Spaltungen und Restitutionsen zu mehr als 3000 unterschiedlichen chemischen Produkten umgewandelt und die Mannigfaltigkeit der so gewonnenen Stoffe und Arbeitsmittel ist viel größer als wir aus den Schätzen des Auslandes eingekauft haben. Daher die gewaltig gestiegene Ausfuhr an Chemikalien und die Vormachtstellung der chemischen Industrie Deutschlands. Auch hier mag nur ein Beispiel für viele sprechen. Die Menge des in Deutschland verbrauchten „echten“ Terpentins steht in gar keinem Verhältnis mehr

zur Menge des „deutschen“ Terpentins, zu dem überhaupt kein Baumharz mehr gebraucht wird. Aber die Arbeiter, welche mit der Verwendung der aus deutschen Urstoffen gewonnenen Chemikalien beschäftigt sind, sind viel mehr gewerblichen Erkrankungen ausgesetzt als das früher der Fall war. Die Gewerbehygiene hat eine gesteigerte Bedeutung bekommen. Sie soll eine abwendende und eine forschende Tätigkeit ausüben. Mit der Aufgabe der Abwendung betritt sie auch das Gebiet der Technik, denn es müssen hauptsächlich technische Maßnahmen sein, Gesundheitsgefahren abzuwenden, ehe es der Forschung gelingt, die Erreger gewerblicher Krankheiten von vornherein aus den chemischen Erzeugnissen auszuschneiden, ohne ihre Zweckwirkung zu beeinträchtigen. Und zur technischen und forschenden Aufgabe tritt die medizinische, denn die Erkrankten sollen so bald als möglich ihrem Erwerb zurückgegeben werden. Diese Aufgaben hat sich die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ zum Ziele gesteckt, bei welcher auch die meisten freien Gewerkschaften die korporative Mitgliedschaft besitzen. Der ADGB. unterhält ebenfalls eine Stelle zur Förderung der Gewerbehygiene, die sich eng an die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft anlehnt. Aber die Bekämpfung der Gewerbekrankheiten ist kein Kinderspielzeug, sondern eine recht mühsame und saure Arbeit und Erfolge können nur langsam erlangen werden, trotz des großen Ernstes und der Hingabe, mit denen die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ ihre Aufgaben verfolgt. Mit nachfolgenden Darlegungen soll über die Bekämpfung einer gewerblichen Gesundheitsschädigung berichtet werden, der die Kollegenschaft des Tiefdruckes besonders ausgesetzt ist.

Im Tiefdruckgewerbe werden zur Verdünnung der Farben große Mengen von Benzol oder von Nachbarstoffen wie Xylol, Toluol und andere verwendet. Die Farben werden nicht nur damit verflüssigt, sondern müssen während des Druckes immerwährend damit erweicht werden, weil sonst durch Verharzung des Druckbildes der Weiterdruck unmöglich würde. Die Benzoldünste fliegen in dicken Wrasen im Arbeitsraum herum und da sie schwerer sind als die Luft, verdrängen sie diese leicht. Von der Brandgefahr und der Gefahr elektrischer Entladungen soll in diesem Zusammenhang abgesehen werden. Die Gesundheitsschädigungen sind vielfacher Art: Appetitlosigkeit, widerlicher Geschmack im Halse, Benommenheit, Kopfschmerz, Atmungsbeschwerden, Schwächung des Gehörs und andere Befalle kommen häufig vor. Der Technische Ausschuss der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene unter Hinzuziehung von Vertretern unseres Verbandes und des Verbandes der Buchdrucker, von Technikern und Chemikern, befaßte sich mit der Abwehr dieser Gesundheitsgefahren. Die Problemstellung lautete: 1. Können an Stelle der gesundheitsschädlichen Lösungsmittel unschädliche geschaffen werden. 2. So lange das nicht möglich ist, kann durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Arbeitsprozesses den Schädigungen besser vorgebeugt werden? Nach einjährigen Bemühungen war das Ergebnis der chemischen Forschung völlig negativ. Alle Versuche, den benzenolischen Farbenversetzmitteln die gesundheitsschädigenden Substanzen zu nehmen oder an ihre Stelle andere Mittel mit der gleichen Zweckerfüllung zu setzen, sind gescheitert. Dagegen schienen die Bemühungen der Techniker, die Absaugvorrichtungen zu stärkerer Wirkung zu bringen, und den Arbeitsvorgang hygienischer zu gestalten, eher zu einem Erfolg zu führen. Lassen wir den Bericht der Techniker auszugsweise folgen:

„Die Tiefdruckfarbe muß bisher noch mit flüchtigen Lösungsmitteln verdünnt werden, deren Verdunstung in dem Betriebsraum wegen der Gesundheitsgefährdung möglichst vermieden werden muß. Das Mischen der Farben geschieht besser nicht in offenen Kannen, dergleichen nicht das Eingießen der gemischten Farbe und das Nachgießen des verdunstenden Lösungsmittels in die breiten Farbkästen mittels solcher Kannen. Es wird eine vorbildliche Misch- und Beschickungsanlage beschrieben, bei der der Bediende keinerlei Handarbeit zu verrichten braucht, bis auf das Einschütten der von der Farbenfabrik bezogenen ungemischten Farbe in den Mischbottich. Hinzuführen von Lösungsmitteln geschieht durch eine Handpumpe aus einem Tank, die gemischte Farbe wird mittels Motorpumpe in die eng am Kupferzylinder anliegenden Farbkästen gepumpt und fließt von dort wieder in die Mischvorrichtung zurück. Keine Oberfläche für die unnütze Verdunstung im Farbkasten, Farbdünste können sich zum Schaden der Bedienden nicht entwickeln. Abkühlung des Farbenmischens im Kreislauf, daher auch Fortfall der Wasserkühlung des als Holzzynder ausgebildeten Farbkastens. Bei Anordnung von Kühlwalzen direkt hinter der Trocknung des Papierstrangs dürfte ebenfalls die Farbkastenkühlung entbehrt werden können, wenigstens lassen die vorgenommenen Temperaturmessungen diesen Schluß zu. Wichtig ist, daß nicht zu hohe Temperaturen in den durch Dampf, Elektrizität oder Heißluft beheizten Heiztrommeln, mit Dampf beheizten Heizschlangen oder elektrisch beheizten Heizplatten genommen werden. In vielen Betrieben heizt man mit 150° und darüber, andere kommen mit 60 und

sogar weniger aus, dabei energisch wirkende und zweckmäßig angebrachte Blausvorrichtungen anwendend. Schematisch werden die Anordnungen der Trockenvorrichtungen an verschiedenen Maschinen gezeigt. Schon aus rein wirtschaftlichen Gründen wie um Gesundheitsschädigungen und Brände zu verhüten, ist eine möglichst Minderung der Heiztemperaturen zu erstreben. Es wird empfohlen, die Trocknung ohne Heiztrommel und Heizplatte, die ja den Wärme schlecht leitenden Papierstrang auf der nicht eingefärbten Seite, also wenig intensiv heizt, vorzunehmen durch eine direkt auf den eingefärbten Papierstrang wirkende, zweckmäßig angeordnete Blaus- und Absaugvorrichtung, wobei die Blausvorrichtung je nach Bedarf angewärmte Frischluft auf den Papierstrang aufbläst, die Lösungsmitteldünste aufwirbelt und die Farbe trocknet. An den Stellen, an denen die intensive Aufwirbelung und Trocknung stattfindet, setzt sogleich die Absaugung ein, die Verbreitung der Dünste im Raume auf das geringste Maß beschränkt. Allgemeine Grundsätze bei der konstruktiven Ausbildung der Be- und Entlüftungsvorrichtung werden gegeben, auch darauf aufmerksam gemacht, daß nicht außer Acht gelassen werden darf, wie es häufig geschieht, daß die Dämpfe von Benzol, Xylol, Toluol schwerer sind als die Luft. Das Waschen der Kupferzylinder wird in den Betrieben verschiedentlich gehandhabt, ohne daß dafür ohne weiteres ein Grund ersichtlich wäre. Wo kein Farbwechsel vorgenommen wird, erfolgt das etwa notwendig werdende Waschen meist in der Maschine, und zwar mit Xylol, teils mit Terpentinersatz. Die Meinungen über die Anwendbarkeit von Terpentinersatz stehen sich gegenüber. Wegen der Gesundheitsgefährdung wäre es jedenfalls wünschenswert, das Waschen mit Terpentinersatz vorzunehmen. Wo die Kupferformzylinder außerhalb der Maschine gewaschen werden, geschieht dieses meist durch Eintauchen in einen Waschkasten. Besonders wenn Xylol verwandt wird, muß dieser Waschkasten gut verschlossen werden. Gelobt wird der selbstschließende Automatic. Die Verwendung von Gasmasken, wie sie ein Betrieb angeordnet hat, ist nützlich. Die gebrauchten Putzlappen nicht umherliegen lassen. Nach dem Waschen die Hände mit Bor-, Glycerin-Lanolin-Salbe einfetten. Einnahme des Essens möglichst außerhalb des Tiefdruckraumes, vorher gründliche Reinigung der Hände. Die Speisen dürfen in Tiefdruckbetriebräumen nur in dichtschließenden Behältern aufbewahrt werden, da sie sonst durch Lösungsmitteldünste verderben werden.“

Soweit die Vorschläge des Technischen Ausschusses. Den Tiefdruckern ist nun zu empfehlen, sich für die Auswertung dieser Vorschläge einzusetzen.

Damit schließen wir diesen Aufsatz. In einiger Zeit werden wir einen Bericht über die Unfallentschädigung bei gewerblichen Hauterkrankungen und Ekzemen bringen.

Es wird bestritten.

Eine beliebte Methode bei Rechtsstreitigkeiten ist es, das geflügelte Wort „es wird bestritten“, anzuwenden, um so dem Gegner die Beweislast für seine Behauptungen zuzuschieben. Presseberichtigungen dienen demselben Zweck. So bestritt der Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer schwarze Listen und Maßregelungen gegen die Gehilfen. Uns ist also die Verpflichtung des Beweises auferlegt. Es sei denn.

In der Firma J. in H. ist unser dortiger Ortsvorsitzender seit 22 Jahren beschäftigt. Im Sommer dieses Jahres wurde ihm gekündigt wegen „ungenügender Leistung“. Dies zu entdecken hat die Firma so lange gebraucht und es hat sie auch nicht gehindert, den Kollegen eine Zeitlang als Ober zu beschäftigen. Aber selbst wenn wirklich die Leistung nachgelassen hätte, was entschieden bestritten wird, bleibt es aufs äußerste unfair, nach 22 Jahren einen Arbeiter auf die Straße zu setzen. Die beim Betriebsrat eingelegte Beschwerde wurde von diesem zu Recht befunden und es kam zur Klage vor dem Arbeitsgericht. Daraufhin zog die Firma die Kündigung zurück, verlangte aber die Durchführung der Klage. Schon während den Verhandlungen hat der Vertreter der Firma andere „Gründe“ mit angeführt. Die Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, daß die Firma den Drucker noch einmal einige Monate beschäftigt und die Verhandlung für diese Zeit ausgesetzt. Der Zweck sollte sein, ihm Zeit und Gelegenheit zu geben, „bessere Leistungen“ zu vollbringen. Und jetzt läßt die Firma den Kollegen in der schikanösesten Weise von allen Seiten bespitzeln, wobei ihm immer wieder vorgehalten wird, er erledige Verbandsgeschäfte im Betriebe. Hier ist ganz offensichtlich, daß die Ursache zur Kündigung sein Amt als Vorsitzender des Verbandes ist, denn die Behauptungen, er erledige Verbandsgeschäfte, sind nur gesuchte Gründe. Der Firmeninhaber ist Vorsitzender der Ortsgruppe des Untertemplerverbandes.

Ist das Maßregelung meine Herren oder nicht? Von demselben Unternehmer ist noch folgendes bekannt: Zu ihm kommt eines Tages ein anderer Unternehmer aus dem Nachbarort und fragt, ob er einen von den in H. arbeitslosen Druckern haben

könne, worauf ihm J. erwidert: „Sie müssen ja wissen, was Sie uns hier am Ort zumuten können, die Arbeitslosen brauchen wir selbst“. — In dem Nachbarort war kein Arbeitsloser vorhanden und in H. 4 Drucker schon längere Zeit arbeitslos. J. hatte selbst Kündigungen vorgenommen.

Sind das schwarze Listen oder ist das Verhalten von J. nicht noch viel schlimmer? Wir können zu diesen beiden Fällen nur eines sagen: der Bogen ist bald überspannt und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer wieder eines schönen Tages Zeter und Mordio schreiben werden über tarifwidriges Verhalten der Gehilfen. Hätte die Firma nicht im Sommer den Rückzug angetreten, dann wäre es schon damals der Fall gewesen. Wir haben es auf jeden Fall satt, uns auf diese Weise behandeln zu lassen.

Unser Kollege G. in L., seit längerer Zeit arbeitslos, hatte einmal im Auftrage eines Lieferanten in einer Firma zu tun. Bei dieser Gelegenheit kam ein junger Mann zu ihm und sagte, er wäre Volontär, und fragte, wie er sich da zu verhalten habe. Der Kollege antwortete: Sie müssen sich an den Verband wenden. Zur Herbeiführung geordneter Verhältnisse entspann sich zwischen dem Verband und der Firma ein Schriftwechsel. Auf irgendeinem anderen Wege erfuhr die Firma die Auskunft, die unser Kollege G. dem Volontär gegeben hat. Sie konnte es deshalb nicht unterlassen, in einem Briefe eine außerordentlich rüpelhafte Bemerkung über unseren Kollegen zu machen. Längere Zeit danach wurde der Kollege vom Arbeitsnachweisverwalter zu der Firma geschickt. Kaum hatte der Inhaber ihn gesehen, erklärte er: „Was wollen Sie hier, Sie kommen auf keinen Fall in Frage“ und damit waren die Verhandlungen zu Ende, ohne daß die Firma sich über die Brauchbarkeit unseres Kollegen informiert hätte.

Was ist denn Maßregelung, wenn das keine ist? Hier kann die Unternehmerorganisation mit Recht einwenden, sie könne nicht für jedes ihrer Mitglieder als Gesamtorganisation haftbar gemacht werden und sie wird noch hinzufügen, wir billigen solche Streiche nicht. Wir wollen mal sehen.

Zunächst sei erinnert an den Fall Kersten in der Firma Bestehorn, Magdeburg, der in diesem Jahre vor den Tarifinstanzen und in der Presse eine erhebliche Rolle gespielt hat. Den Unternehmerbeisitzern im Reichsschiedsgericht war zwar das Verhalten von Bestehorn außerordentlich unangenehm, aber sie konnten sich nicht dazu entschließen, diese ganz offensichtliche Maßregelung als solche anzuerkennen, wodurch die Klage zu Fall kam. Die Firma wurde allerdings vor dem Arbeitsgericht verurteilt.

Ist dieses Verhalten der Unternehmer im Reichsschiedsgericht nicht die offene Deckung von Maßregelung?

Die gleiche Frage, deren Beantwortung ganz eindeutig ist, gilt auch für einen schon etwas länger zurückliegenden und noch drastischeren Fall. — Die Firma Bestehorn in Aschersleben hatte einmal den Hilfsarbeitern den ihnen zustehenden Tariflohn nicht bezahlt. Die Hilfsarbeiter traten in den Streik. Der Betriebsratsvorsitzende, der zugleich Vorsitzender unserer Organisation in Aschersleben war, hatte vergeblich versucht zu vermitteln. Der Streik der Hilfsarbeiter führte zum sofortigen Hinauswurf aller unserer Kollegen. Als mit den Hilfsarbeitern eine Einigung zustande kam, stellte die Firma das gesamte Personal wieder ein mit Ausnahme unseres Vorsitzenden. Die sich daraus ergebenden Klagen vor den Tarifinstanzen und in ordentlichen Gerichten hatten das gleiche Ergebnis wie oben. Trotz des unerhört brutalen Verhaltens der Firma konnten auch hier die Unternehmer im Tarifamt nicht dazu aufschwingen diese zur Wiedereinstellung zu zwingen. Vor den ordentlichen Gerichten war das Ergebnis: die Firma mußte für ein ganzes Jahr dem Kollegen den Lohn bezahlen, wenn sie die Wiedereinstellung ablehnte. Und die Firma bezahlte, sie weiß warum und wir wissen es auch.

Wie wenig den Unternehmern an Schutze unserer Funktionäre gelegen ist, die zwar im Tarif anerkannt sind, beweist das Schicksal unseres Antrages bei den diesjährigen Tarifverhandlungen. Bisher wurde immer behauptet, der Tarif enthalte keine Schutzbestimmung für die Vertrauensleute und deshalb wäre es auch nicht möglich, Firmen wie in den obigen Fällen zu verurteilen. Nun hatten wir ihnen Gelegenheit gegeben, im Tarif solche Schutzbestimmungen aufzunehmen und sie lehnten ab.

Kommentar überflüssig!

Solche Berichtigungen, wie sie die Unternehmer in der letzten Zeit vornehmen, haben aber auch noch ihr gutes. Sie erwecken Erinnerungen und veranlassen einem, in schon älteren Akten nachzuforschen und da entdecken wir ein Schriftstück aus dem Jahre 1925, das wir in seinen wesentlichen Teilen bringen; wobei wir es dem Urteil jedes Lesers überlassen, ob er dasselbe für eine schwarze Liste hält oder nicht. Unter „Streng vertraulich“ ging am 3. Juli 1925 ein Rundschreiben Nr. 45 vom Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Kreis ... an die Mitglieder in ..., darin heißt es: „Unsere Mitgliedsfirma B. J. teilt uns heute mit, daß der Offsetdrucker O. L. ihr

heute gekündigt hat. Wir bitten sehr ergebenst, hiervon Vormerkung zu machen und im Falle eines Engagements die statutarische Rückfrage nicht zu versäumen. Weiterhin macht uns die Firma Mitteilung, daß ihr Maschinenmeister O. F. heute ihre Dienste verläßt und die Maschinenmeister C. R. und der Offsetdrucker R. O. nach ordnungsgemäßer Kündigung am 10. Juli 1925 aus ihrem Betrieb ausscheiden. Sämtliche Arbeitnehmer haben selbst gekündigt. Da eine Rückfrage bisher nicht erfolgt ist, bitten wir diejenigen Firmen, die es angeht, im Falle eines Neuengagements die statutarische Rückfrage zu halten. — — — — —
Damit sei es genug für heute. — — — — —

Rundschau.

Hermann Jaekel †.

Der deutsche Textilarbeiter-Verband hat seinen Führer, die deutsche Arbeiterbewegung einen ihrer besten Kämpfer verloren. Hermann Jaekel, der sein Leben der Sache des klassenbewußten Proletariats geweiht hat, ist nicht mehr. Am Freitag, dem 2. November erlöste ihn der Tod von einer langen, schweren Krebskrankheit.

Hermann Jaekel war ein echtes Kind des Volkes. In Crimmitschau am 20. Januar 1869 geboren, besuchte er als Kind die Volksschule. Mit 13 Jahren ging er dann in die Textilindustrie, wo er erst als Ansetzer und dann als Weber arbeitete. Als Handwerksbursche durchstreifte er Deutschland und lernte Land und Leute kennen. Schon 1885 fand er Anschluß an den Crimmitschauer Arbeiterverein und bald entwickelte sich der junge Jaekel zum Führer. Bald stand er im Vordergrund der sächsischen Arbeiterbewegung. Das Vertrauen der Arbeiter berief ihn 1899 in den Konsumverein Crimmitschau, 1902 trat er in die Redaktion des „Sächsischen Volksblattes“ zu Zwickau ein und 1904 wurde er Rendant der Ortskrankenkasse in Markneukirchen.

1905 begann dann die besoldete Tätigkeit des Kollegen Jaekel für den Textilarbeiter-Verband als Gauleiter in Hannover. Schon vorher hatte er die gewerkschaftlichen Sporen verdient. Denn von der Leitung seiner Organisation war er als der Führer des großen gewaltigen Kampfes um den Zehntendatag in Crimmitschau ausersehen. 1906 wurde Jaekel dann in den Hauptvorstand des Textilarbeiter-Verbandes gewählt, als deren Vorsitzender er fruchtbare Arbeit geleistet hat.

Aber auch sonst hatte Jaekel manche Ehrenämter zu tragen. So war er 12 Jahre M. d. R., 6 Jahre Mitglied des Vorstandes des ADGB., fast 2 Jahre Arbeitsminister in Sachsen. Auch dem Staatsgerichtshof gehörte er als Mitglied an. Was Jaekel sonst noch geleistet hat, zeigt manche Schrift von ihm. Besonders der Schutz der werdenden Mütter verdankt ihm viel.

Daß Hermann Jaekel sich große Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben hat, steht außer aller Frage. Die Arbeiterschaft wird ihm deshalb allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Heimvolkshochschule Leipzig.

Die Heimvolkshochschule führt in fünfmonatigen Ganztagskursen Arbeiter und Angestellte im Alter von 18 bis 28 Jahren in grundlegende Fragen des modernen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens vom Standpunkt des Arbeiters ein. Anleitung zu praktischer Jugendarbeit (Behandlung von Erziehungsfragen) und eine Einführung in Malerei und Dichtkunst ergänzen den Unterricht. Leipzig bietet als Industriestadt mit klassenbewußtem Proletariat und starker Regsamkeit der Organisationen mannigfach Gelegenheit, die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart unmittelbar kennen zu lernen. An den Kursen beteiligen sich Ausländer.

Die Teilnehmer müssen sich für die Zeit des Lehrganges vom Beruf frei machen.

Im Unterricht wird jeweils während eines bestimmten Zeitabschnitts ein bestimmtes Gebiet behandelt (kein Stundenplan) und zwar vormittags 5 Stunden im Hauptkurs oder in Arbeitsgruppen, nachmittags in Gruppen oder in Selbstarbeit. Die Abende sind gewöhnlich frei (evtl. zu praktischer Jugendarbeit).

Das Zusammenleben regelt sich im Stile der Jugendbewegung.

Der 18wöchige theoretische Unterricht wird ergänzt durch verschiedene Besichtigungen in Leipzig (Betriebe, Börse, Messe, Abendveranstaltungen) und zwei große Fahrten (insgesamt drei Wochen) 1. nach Thüringen und 2. ins Ruhrgebiet sowie nach Berlin. Diese Fahrten sollen eine praktische Ergänzung der theoretisch gefundenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erkenntnisse vermitteln (große Betriebe, Bergwerk, Reichstag, moderne Theater, Schulen, Verkehrs- und Wohnanlagen, Organisationen). Außerdem findet eine sogenannte „Referentenwoche“ statt, in der Vertreter von politischen, gewerkschaftlichen und erzieherischen Organisationen im Heim sprechen. Für einzelne Gebiete werden Gastlehrer herangezogen.

Die Kosten für den Lehrgang (einschließlich Wohnung, Verpflegung, Lehrmittel) betragen 150 Mark; auf begründeten Antrag wird Ermäßigung gewährt. Arbeitslose zahlen zwei Drittel der Unterstützung.

Die Kurse laufen jeweils vom 15. Januar bis 15. Juni und vom 15. Juli bis 15. Dezember.

Der 6. Lehrgang beginnt am 15. Januar 1929. Anmeldungen zum 6. und 7. Lehrgang sind zu richten an den Leiter: Herbert Schaller, Leipzig C 1 Salomonstr. 21.

Kapitalerhöhung der Dewog auf 1 Million RM.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 26. Oktober 1928 im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin tagte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 Mk. auf 1 Million Mk. Die neuen Aktien werden zum größten Teil von den alten Aktionären, insbesondere dem ADGB, dem AfA und dem ADB, und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wird von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt.

Im Vorbericht teilte der Vorstand mit, daß die Konzentration in der Dewog-Bewegung weiter fortgeschritten ist. Die Kapitalmehrheit bei den Tochtergesellschaften befindet sich in den Händen der Dewog, wodurch die kraftvolle Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. Weiterhin wurden in Hamburg und Breslau eigene Zweigstellen der Dewog gegründet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau auch bereits 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Dewog ist weiterhin gut. Die Dividende wird auch im nächsten Jahre ordnungsgemäß ausbezahlt werden.

Eineinviertel Millionen Mark Tagesumsatz der GEG.

Die Umsätze der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, in den ersten drei Vierteljahren 1928 beliefen sich: Januar bis September 1928 auf 313 272 879,60 RM. Januar bis September 1927 auf 259 509 271,82 RM. Mehrumsatz 1928 53 763 607,78 RM. = 20,72 Proz.

Die Umsätze an Erzeugnissen aus den eigenen Betrieben beliefen sich:

Januar bis September 1928 auf 75 833 325,16 RM. Januar bis September 1927 auf 42 064 458,83 RM. Mehrumsatz 1928 33 768 866,33 RM. = 80,28 Proz.

Mit dem in der Berichtszeit erzielten Gesamtumsatz hat die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. einen Tagesumsatz von rund 1¼ Millionen Mark erreicht. Ganz besonders erfreulich ist die gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nahezu erreichte Verdopplung des Wertes der umgesetzten Eigenfabrikate. Vorwärts, weiter auf der Bahn konsumgenossenschaftlicher Bedarfsversorgung!

Wer haftet für die Lohnsteuer?

Der Reichsfinanzhof hat am 23. Mai 1928 — Aktenzeichen VI A 538/28 — ein für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber wichtiges Urteil gefällt. Nach § 78 des Einkommensteuergesetzes haftet der Arbeitgeber neben dem Arbeitnehmer für die Einbehaltung der Lohnsteuer. Gemäß § 78 Absatz 2 beschränkt sich die Haftung des Arbeitnehmers auf die Fälle, in denen

1. der Arbeitslohn nicht vorschriftsmäßig gekürzt ist und

2. wo der Arbeitnehmer von der unvorschriftsmäßigen Verwendung der einbehaltenen Beträge durch den Arbeitgeber Kenntnis hat, und trotz dieser Kenntnis dem Finanzamt keine Mitteilung macht.

Nach diesem Urteil besteht für die Arbeitnehmer die Pflicht der Nachprüfung, ob der Arbeitgeber die Lohnsteuer vom Arbeitslohn vorschriftsmäßig kürzt. Weiter besteht für den Arbeitnehmer die Pflicht, der Mitteilung an das Finanzamt, wenn ihm bekannt ist, daß die einbehaltenen Beträge vom Arbeitgeber nicht vorschriftsmäßig verwendet werden. 16.

Das Budget des Internationalen Arbeitsamts.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Völkerbundsversammlung gehörte die Verabschiedung des Haushalts des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamts für das Jahr 1929. Der Gesamtat des Völkerbundes einschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Haag beläuft sich auf jährlich 26 871 244 Goldfranken. Davon entfallen 8 487 280 Goldfranken auf die internationale Arbeitsorganisation. Nach längeren Beratungen im zuständigen vierten Ausschuß der Völkerbundsversammlung wurden alle Streichungsanträge abgelehnt und der Etat in seiner vorliegenden Form der Vollversammlung zur Annahme vorgelegt.

Zollfreiheit für Druckplatten usw. in British-Indien.

Nach einer Verfügung der Indischen Regierung vom 25. August 1928 ist der Einfuhrzoll für Druckplatten (process blocks) und hochpolierte Kupfer- oder Zinkplatten, die zur Herstellung von Druckplatten bestimmt sind, aufgehoben worden.

Feuilleton.

Alois Senefelder.

Zum Geburtstag am 6. November.

Von C. Kluth (Karlsruhe).

Alljährlich, wenn der Herbstwind durch die Straßen und Gassen fegt, im Park das letzte herrliche Laub unbarmherzig von den Bäumen gezaust wird, wenn kalte Regenschauer vom Himmel herabstürzen oder hier und da gar Feld und Flur mit dem ersten Schnee bedeckt daliegen, dann rüsten die Lithographen und Steindrucker zur gemeinsamen Geburtstagsfeier ihres Altmeisters, Alois Senefelder, des Erfinders der Lithographie und des Steindrucks.

Am 6. November des Jahres 1771 war es, als er in Prag das Licht der Welt erblickte, liebevoll betraut von der Mutter, als Erstgeborener geherzt vom Vater, beglückwünscht von Verwandten und Bekannten. Dieser 6. November hatte noch eine weitere Bedeutung für das junge Ehepaar, war es doch der erste Hochzeitstag, denn gerade vor einem Jahre hatten sie sich die Hand zum Bunde für ihr Leben gereicht. Mit doppelter Freude gedacht sie dieses Tages und der Ankunft des Stammhalters mit vielen guten Wünschen für seinen ferneren Lebensweg.

Peter Senefelder war Schauspieler am dortigen Deutschen Theater bei einer der damals herumziehenden Theatertruppe gewesen, als er mit 26 Jahren die 20jährige Tochter des Gasthausbesizers v. Volck, Katharina, geheiratet hatte. Das Geburtshaus trug die Nummer NC 316, vermutlich war in diesem Hause auch die Wohnung und der Gasthof der Schwiegereltern, und sehr wahrscheinlich befand sich auch hier die Bühne des Deutschen Theaters.

Am 7. November fand in der Kirche St. Gallus die Taufe statt, die der Pater Amadeus vom hl. Johannes vom Kreuz vollzog. Als Pate war anwesend der Konzipient beim Kriegsrat, Herr Johann Nepomuk v. Krieger, als Zeugen Herr Franz Bergbozomer, Frau Anna v. Benedict und Frau Johanna Christin. Der junge Senefelder erhielt die Vornamen „Johann Nepomuk Franz Alois“. Der diesbezügliche lateinische Eintrag in dem Kirchenbuche der Pfarre zu St. Gallus auf Seite 20 des Jahres 1771 lautet:

„Johannes Nepomucenus Franciscus Aloisius Senefelder natus G. baptizetus H. novembris 1771, von P. Amadeus a Sto. Joanne a Cruce, sacristan.

Liber. Senefelder Franciscus Petrus. Actor in Theatro Germanic, Dramatum Catharina nata de Volck — utroque liber —.

Levans. Dus Joannes Nepomuc, de Krieger, concipista ad bellum consilium.

Testes. Dus Franciscus Bergbozomer, Domina Anna de Benedictis; Dua Joanna Christin.“

In die deutsche Sprache übersetzt lautet er etwa:

„Johann Nepomuk Franz Alois Senefelder, geboren 6. katholisch getauft 7. November 1771, von Pater Amadeus vom heil. Johannes vom Kreuz.

Eltern. Senefelder Franz Peter, Schauspieler am deutschen Theater und Catharina, geb. v. Volck — beide frei geboren —.

Paten. Herr Johann Nepomuk v. Krieger, Konzipient beim Kriegsrat.

Zeugen. Herr Franz Bergbozomer und Frau Anna v. Benedict, Frau Johanna Christin.“

Senefelder wird hier im Kirchenbuche mit zwei n und ohne e, Senefelder, geschrieben, was jedenfalls wohl nur auf einem Schreib- resp. Hörfehler des Paters beruht, denn späterhin finden wir nur die richtige Schreibweise „Senefelder“. Auch ist es auffallend, daß der Vater hier die Vornamen Franz Peter führt, während sein eigener Geburtsauszug auf die Namen Johannes Peter lautet.

An dem Geburtshause NC 316, das bei einer späteren Ummumerierung der Stadtteile die Nummer NC 408-I erhielt, wurde am 5. November 1871, zum 100jährigen Geburtstag Senefelders, auf Kosten der Prager Stadtgemeinde eine Gedenktafel mit einem Porträt Senefelders in Relief und der zweisprachigen Inschrift enthüllt. Die Inschrift lautet: Hier wurde am 6. November 1771 Senefelder, Erfinder der Lithographie, geboren.

Jedoch nur bis zum Jahre 1894 blieb das Haus stehen, nunmehr mußte es den Anforderungen einer neuen Zeit weichen; an seine Stelle wurde in den Jahren 1894—96 eine Stadtmarchallenhalle erbaut. An derselben wurde eine neue Gedenktafel mit dem Relief des Erfinders und der tschechischen Inschrift: „Im Hause NC 408-I, auf dessen Bauplatze diese Stadtmarchallenhalle erbaut wurde, ist Alois Senefelder, Erfinder der Lithographie, am 6. November 1771 geboren“, angebracht.

Die Jugendjahre unseres Alois waren freundlich-heiter, denn der Umgang mit den Theaterleuten, die ihr wohl so manchmal verhältnißlich haben sowie die vielen Reisen mit der Truppe, haben das ihrige dazu beigetragen, daß er das Leben nur von der guten Seite kennen lernte. Daß aus all diesem sich Senefelder später zum Theater und

zum Reisen hingezogen fühlte, ist wohl verständlich. Das erstere hat indirekt zur Erfindung der Lithographie beigetragen, da er darüber nachdachte, wie er seine Geistesprodukte, unabhängig von den Buchdruckern, selbst herstellen könne. Das Umherziehen mit den Eltern hat sich so in sein Innerstes eingepreßt, daß er sein ganzes Leben lang auf größeren und kleineren Reisen unterwegs war.

Nach kaum zwei Monaten seit der Geburt hieß es von der schönen Stadt Prag Abschied nehmen, da der Vater einem neuen Wirkungskreis entgezogen. Mannheim hieß das Ziel. Hier sollte Peter Senefelder eine Anstellung am Kurfürstlichen Hoftheater erhalten haben. Im Archiv des Theaters (Nationaltheater) ist aber nichts über den Schauspieler Peter Senefelder zu ermitteln, möglicherweise konnte es sich daher gar nicht um das Hoftheater handeln, sondern nur um eine der herumziehenden Theatergesellschaften, bei welcher Peter Senefelder mitgewirkt hat. In den nächsten Jahren treibt ihn der Ernst des Lebens in den süddeutschen Ländern von Stadt zu Stadt. So findet im Jahre 1772 die Geburt seines zweiten Kindes, seiner Tochter Monika, in Heilbrunn bei München statt. 1775 ist Peter Senefelder wieder in Mannheim anzutreffen, da hier die Geburt seiner zweiten Tochter, Magdalena, nachzuweisen ist, am 13. Februar 1777 wird sein zweiter Sohn, Theobald, in Hanau geboren. Erst im nächsten Jahre, 1778, da hört das unruhige Leben, das Herumvagabundieren mit den Komödianten auf, Peter Senefelder reist nach München und erhält hier eine Anstellung am Kurfürstlichen Hoftheater, woselbst er bis zu seinem Lebensende als Schauspieler wirkte. In München hieß es nun für unseren Alois die Schule zu besuchen. Nach den noch vorhandenen Zeugnissen im Archiv des Wilhelmsgymnasiums, das er von 1783 bis 1786 besuchte, gehörte er stets zu den besten Schülern, da er immer einen der ersten Plätze inne hatte, was bei einer Schülerzahl bis zu 100 in der Klasse, viel sagen will. Die Jahre 1787—1789 verbrachte er auf dem Kurfürstlichen Lyzeum, welches mit nachfolgendem Abgangszeugnis verlassen wurde. Die Abschrift des lateinischen Originals, welche Senefelder einem späteren Gesuch beifügte, befindet sich in der Staatsbibliothek München und lautet in der deutschen Übersetzung wie folgt:

Zeugnis.

In unserem kurfürstlichen Lyzeum hat der gelehrte Herr Alois Senefelder aus Prag in Böhmen in der Physik, der höheren Mathematik und der Wirtschaftlehre solchen Fleiß gezeigt, daß dieser voll hervorragender und tiefer Begabung und von unermeßlichem Fleiß war, und bei der Prüfung in den obengenannten Wissenschaften von den drei besten Schülern als erster hervorging.

München, den 4ten Sept. 1789.

gez. P. Cajet, Fischer, Prof. Phys.

Hiermit beschließen wir die Jugendjahre unseres Altmeisters und den ersten Abschnitt seines Lebens.

Mögen wir seiner an jedem wiederkehrenden Geburtstag in der ihm gebührenden Achtung gedenken.

Kieler Revolutions-Erinnerungen.

Von L. Sinsel (Dessau).

Zehn Jahre sind es nunmehr her, daß ein gewaltiger Sturmwind der Revolution sieghaft durch die deutschen Lande brauste und das fluchbeladene, blutbesudelte monarchistische System jäh hinwegfegte. Mit zunehmender Zeitspanne, die uns trennt von dem weltgeschichtlichen Ereignis, verblaßt mehr und mehr die Erinnerung an die gewaltigen Geschehnisse der denkwürdigen Novembertage. Das ungeheure Erlebnis von damals wird erst immer dann wieder besonders in uns lebendig, sobald wir uns anschicken, der großen befreienden Revolution ein stolzes Gedenken zu widmen. Dann lebt vor unserm geistigen Auge auf die sturmbelegte große Zeit mit all ihren Einzel- und Tagesereignissen, wie sie begeistert auf die Miterlebenden einströmten, sie fortreibend zu revolutionärer, befreiender Tat. Unvergessliche Bilder sind es, Bilder eines unvergleichlich begeisterten stürmischen Freiheitskampfes, die in der Erinnerung stolz fortleben und uns gemahnen, fortan gewissenhafte Sachverwalter des revolutionären Werkes der Soldaten und Arbeiter vom November 1918 zu sein. Ein Bild aus den Novembertagen, wie es am Springquell der Revolution, in Kiel, so unendlich viele gab, sei hier aufgezeichnet.

Wilhelm des Ausreißers einstiger „kaiserlicher“ Marine blieb die große geschichtliche Aufgabe vorbehalten, den Zersetzungsprozeß des bis zur Unerträglichkeit autokratisch-militaristisch versuchten Deutschlands zu beschleunigen, um an der Wiege des neuen Deutschlands erfolgreiche Geburtshelferdienste zu leisten. Das geschah nicht von ungefähr. Der Geist des Aufbruchs hatte bei den „blauen Jungens“ schon immer eine gewisse Heimstätte. Bereits im Jahre 1917 kam es zum ersten Male zu bedeutenden Meutereien in der Flot-

te. Dem brutalen Militarismus gelang es damals noch, der aufblühenden „Hydra“ den Kopf zu zertreten. Aufbauende Marine hatte ja bekanntlich der preußisch-deutsche Militarismus nicht nur für Deutschlands Feinde, sondern auch für die eigenen Volksgenossen, sobald sie aufbegehren gegen die „gottgewollten Herrlichkeiten“ des alten Obrigkeitsstaates. In Blut und Eisen wurden nach Bismarckschem Rezept Freiheitsregungen noch immer erstickt. Die zweite „Meuterei“, der Ausgangspunkt der revolutionären Erhebung der Matrosen, fand statt ausgangs Oktober, als eine wahnsinnige Marine-Offizierskaste in Verfolg alldeutscher Kriegs- und Annektionspolitik die Friedenspolitik des damaligen Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, durchkreuzen wollte mit einem großen hurrapatriotischen Coup, zu dem die Marine ausersahen war. Ein neuer Aderlaß am Leibe des deutschen Volkes war geplant. In einem aussichtslosen Kampf sollte die deutsche Flotte mit etwa 80 000 Menschen nutzlos hingepfert werden. Die Verbrecher glaubten, so die demoralisierende Stimmung in Heimat und Heer noch einmal künstlich beleben und heben zu können. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die Marine machte nicht mehr mit. Die Schiffsmannschaften verhinderten einfach das Auslaufen der Flotte. Noch war rein äußerlich der Militarismus im Besitze der brutalen Macht. Er ließ die Aufsässigen in die Gefängnisse werfen. Die Nichtverhafteten aber waren bereits zu sehr von grenzenloser Erbitterung und — zu ihrem unvergänglichen Ruhm sei es immer wieder hervorgehoben — von Solidarität erfüllt, als daß sie ihre Kameraden feige im Stiche gelassen hätten.

Matrosenversammlungen und Demonstrationen fanden am 1. und 2. November statt. Die Freilassung und Straffreiheit der Inhaftierten wurde gefordert. Der Verlaß der folgenschweren Ereignisse am 2. und 3. November, die Teilnahme derjenigen Matrosenkompanie, der ich angehörte, habe ich unter dem frischen Eindruck der Vorgänge in Tagebuchworten kurz und sachlich wie folgt festgehalten:

Kiel, den 3. November 1918.

Kiel sieht seit 48 Stunden im Zeichen einer gewaltigen Matrosenmeuterei. Große Demonstrationen, deren Teilnehmer überwiegend Matrosen sind, durchziehen nach Abhaltung einer Versammlung auf dem Großen Exerzierplatz die Straßen Kiels. Zweck und Absichten der Demonstrationen sind, die Befreiung der wegen Meuterei in die Gefängnisse geworfenen Kameraden zu erzwingen. Nachmittags gegen 3 Uhr wird durch Trompetensignale und Trommelwirbel Alarmbereitschaft für alle Truppenteile Kiels verkündet. Die Wirkung des Alarms ist eine den Absichten des Befehlshabers der Garnison entgegengegesetzt. Der Alarm wird nicht beachtet. Die Mannschaften verlassen, soweit sie nicht schon in der Stadt sind, ihre Quartiere. Im weiteren Verlauf der Demonstration kommt es zu Schießereien. Eine der aufgebotenen Sicherheitspatrouillen unter Führung eines Armeeoferiziers schießt Ecke der Karl- und Brunswiker Straße in die demonstrierende Menge hinein: 8 Tote und 29 Verwundete sind als erste Opfer militärischer Brutalität zu beklagen. Gegen Mitternacht ersucht mich unter einem nichtigen Vorwand der Offizier vom Dienst, ihn nach Hause zu begleiten. Ekel und Verachtung ob dieser verstockten Feigheit überkommt mich. Während der Abend- und Nachtstunden wurde die „geheiligte Ordnung“ nicht mehr gestört.

Kiel, den 4. November 1918.

Frühmorgens gegen 8 Uhr, Dienst als Telefonordnanz im Kompaniebüro angetreten. Bald darauf erscheinen etwa 30 bewaffnete Matrosen. Sie fordern die Leute der Kompanie auf, sich zu bewaffnen und ihnen anzuschließen. Die Munitionskästen werden erbrochen, und bewaffnet folgen die Leute restlos dem Trupp. Ein Fernspruch von der Abteilung, vom Adjutanten persönlich übermittelt, verlangt, daß Waffen und Munition vor den Leuten in Sicherheit gebracht werden sollen. Der Adjutant wird von mir dahin beschieden, daß sein „Befehl“ weder Zweck habe noch zur rechten Zeit eintreffe. Der Kompaniefeldwebel und bald nach ihm der Kompanieführer erscheinen im Bureau. Bleich, entsetzt, sichtlich am ganzen Körper zitternd, rat- und hilflos der erstere, ruhig und gelassen, äußerlich die Fassung bewahrend, läßt sich der Kompanieführer von mir Meldung über die Ereignisse machen. Wir Bureaufunktionäre überlassen alsdann die beiden ihrem Schicksal und begeben uns, mit Revolvern bewaffnet, gleichfalls in die Stadt. Hier ziehen die Matrosen von Kasernen zu Kasernen, überall die noch zögernden Kameraden zum Anschluß und Mittun auffordernd. Gleich dem Vortage wird an einer Stelle, diesmal von einer Kompanie Torpedomatrosen, auf die Demonstranten geschossen. Um die Mittagzeit kehrten fast alle Leute in die Kasernen zurück. Ein Teil von ihnen wird von blutjungen Rekruten der Werftdivision, die inzwischen die Kasernen besetzt hatten, entwaffnet und in Untersuchung geführt. Im Gewerkschaftshaus hat sich inzwischen ein Soldatenrat gebildet und die Kieler Arbeiterschaft zu einem Sympathiestreik für die Matrosenbewegung sich bereit erklärt. Ein in den ersten Abendstunden veröffent-

lichter Aufruf des Gouverneurs von Kiel, Admiral Souchon, kündigt nunmehr die Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Matrosen des Geschwaders und der Landmarineteile an. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß am Abend der Staatssekretär Hausmann sowie der Abg. Noske zwecks Entgegennahme der Wünsche der Matrosen entziffen. Die inhaftierten Kameraden sind unterdessen wieder befreit worden. Vom Kompagnieführer befragt, wer freiwillig und wer gezwungen am Morgen den Meuturern sich angeschlossen habe, erklärten alle freimütig und offen, daß ihr Handeln ein freiwilliges gewesen sei. 8 Uhr abends. Eine Riesenversammlung auf dem Wilhelmplatz. Tausende und Abertausende, vornehmlich Matrosen, die zum meist bewaffnet sind, bevölkern dicht den Platz. Von einem Laternenkandelaber in der Mitte des Platzes wehen große, rote Fahnen herab. Noske wird erwartet. Ein gleichfalls mit roten Fahnen geschmücktes Auto bringt ihn heran. Vom Bewußtsein schwerster Verantwortung getragen, halten seine Worte in die lautlose Stille des Abends hinaus. Ein Jubel aus tausendfacher Kehle folgt den Ausführungen Noskes. Sportan ringt es sich von den Lippen der Tausende: „Nieder mit der Monarchie! Nieder mit den Hohenzollern! Hoch die Republik!“ Plötzlich, als die Riesenmenge bereits im Begriff ist, auseinanderzugehen, kracht aus feigem, dunklem Hinterhalt Gewehrfeuer von nur kurzer Dauer. Panikartig läuft alles auseinander. Frauen und Kinder schreien laut auf. Eine ungeheure Empörung, maßlose Wut hat sich unser aller bemächtigt. Razzias in den umliegenden Häusern werden vorgenommen. Langsam nur leert sich der Platz. Das fast bis zum Haß gesteigerte Mißtrauen gegen Offiziere hat neue Nahrung bekommen. Nur ungen und widerwillig folgen wir der Aufforderung Noskes, in die Quartiere zurückzugehen.

Die Lawine war nunmehr in unaufhaltsamen Rollen. Dienstag, den 5. November wurde bereits in tausenden von Exemplaren die erste Kundgebung des ersten deutschen Soldatenrates verbreitet. Die politische Macht war in die Hände der Soldaten gelangt. Staatssekretär Hausmann hatte in Verhandlungen tags zuvor beim Gouverneur im Beisein von Mitgliedern des Soldatenrates und Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien die Forderungen der Matrosen angenommen. Mit größter Gründlichkeit und ohne jedwede Zimperlichkeit wurden am nächsten Tage die Offiziere entwaffnet, zum Teil ihrer Offiziersabzeichen entkleidet. Die rote Farbe, die Farbe der Revolution und Zukunft, beherrschte das Straßenbild Kiels. Rote Fahnen und Wimpel wehten, lustig im Herbstwind flatternd, von städtischen und staatlichen Gebäuden sowie von den Masten der Schiffe herunter. Kokarden und auch Mützenbänder, die verhaßten Wahrzeichen des kaiserlichen Marinismus, wurden entfernt. An ihre Stelle traten rote Abzeichen und Bänder. Zahlreiche bewaffnete Trupps von Matrosen säuberten die Straßen Kiels von Elementen aller Art, die den Argwohn der Revolutionäre erweckten. Zu Dutzenden wurden Offiziere nach den Bureaus des Soldatenrates eskortiert. Autos, mit Maschinengewehren ausgerüstet, deren Läufe drohend auf die Straßen gerichtet waren, rasten von Kaserne zu Kaserne, um auch die letzten Waffen nach dem „Standquartier“ des Soldatenrates, dem Gewerkschaftshaus zu bringen. Das Gewerkschaftshaus, die Städte

einst friedlicher Geistesarbeit, war zu einem einzigen Heer- und Waffenlager geworden. Ein ungeheuerlich pulsierendes Leben, ein von wahrhaft revolutionärem Geist erfülltes Drängen und Stürmen war das hervorstechendste Charakteristikum dieser sturmbelegten Tage. Der Matrosenaufstand hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Der in Ketten geschlagenen Freiheit war eine Gasse gebahnt. Die Flammenzeichen der Revolution in Kiel wurden gar bald zu einem gewaltig auflodernden Brande, dessen Feuerzungen die Reste eines jahrhundertalten, verfaulten, morschen und korrupten Systems gierig verzehrten. Ein Fluch aus millionenfacher Kehle begleitete das Versinken des alten Obrigkeitssystems in den gährenden Abgrund, ein millionenfaches, jubelndes Aufjauchzen begrüßte das neue Deutschland, das Deutschland der Freiheit.

Vom Büchertisch.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Von Th. Leipart und Cl. Nörpel. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6a. Preis 80 Pf. Organisationspreis 65 Pf.

Die gemeinverständliche Darstellung der „Gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 17. Juli 1927“ von Leipart-Nörpel ist in 4. Auflage (26-30. Tausend) neu herausgekommen. Die Neuauflage gab Gelegenheit, die inzwischen noch vorgenommenen Gesetzesänderungen einzuarbeiten, so daß nunmehr die Broschüre wiederum den allerneuesten Stand der gesamten gesetzlichen Arbeitszeitregelung lückenlos wiedergibt. Als Neuerung ist eine nach Materien geordnete Zusammenstellung der Literatur und Rechtsprechung hinzugekommen, so daß es dem in der Praxis stehenden Gewerkschaftsfunktionär möglich ist, sich schnell und zuverlässig über alle Streitfragen zu informieren. Der in erster Linie für den praktischen Gebrauch des Gewerkschaftsfunktionärs und Betriebsrates bestimmte kleine Kommentar verdient daher wiederum weiteste Verbreitung.

Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft. Ein offener Brief an die Frauen von Maria Winter. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. Preis 50 Pf.

Die reaktionären Kreise aller Länder wissen den Wert verantwortungsbewußter Zeugung und die Schädlichkeit der unregelmäßigen Kinderzahl sehr wohl zu schätzen. Beschränkung der Kinderzahl soll ihnen helfen, gesunde Mütter und kräftige Kinder zu haben, und ihre Klassenrechte aufrecht zu erhalten. Um so energischer dringen sie darauf, daß die unteren Stände, „das Volk“ sich kräftig vermehre, um die Kasernen und Fabriken zu füllen und sich den Anfängen über alle Streitfragen zu informieren. Daß dadurch unendlich viele Frauen zugrunde gehen, die Anstalten mit hilflosen, erbärmungswürdig elenden Oeschoffen gefüllt werden, das alles kümmert sie wenig.

Daher werden alle Spießer wild, wenn die für die Regelung der Geburten erforderliche Aufklärung Formen annimmt, die sie nicht nur den Reichen, sondern auch den Ärmsten zugänglich macht. Das will der offene Brief an die Frauen von Maria Winter, der allen Reaktionen auf die Nerven gefallen ist.

Gesetze der Liebe. Von Dr. M. Hirschfeld und Dr. Beck. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. Preis broschiert 50 Pf.

Ein eigenartiges Filmbüchlein, dessen Reiz nicht darin liegt, daß ein Teil des Films, nach dem es bearbeitet wurde, von der Zensur verboten worden ist - daß Büchlein ist trotzdem vollständig geblieben. Es dient nämlich nicht nur der in edelster Form gebotenen Aufklärung über das Liebesleben auch der Tiere, sondern besonders dem Kampf gegen jenen unglückseligen § 175 des Strafgesetzbuches, der schon unzählige wertvolle Menschen, nur weil sie von der Natur mit einem andersartigen Or-fühlsinn ausgestattet sind, dem Erpresser in die Hand, und damit in Schande, Gefängnis und Tod getrieben hat.

Der Kraftbonbon. Großstadtmärchen von Bruno Schönlanck. Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5. Preis 1,50 Mk.

Bruno Schönlanck, der bekannte Lyriker und Schöpfer des neuen Sprechchoranwerkes, hat bei der Büchergilde einen kleinen, hübsch illustrierten Band Großstadtmärchen herausgegeben, den er der Stadt Berlin zugeeignet hat. Berlin und - Märchen? Ausgerechnet Berlin...? Schönlanck verschließt die Augen nicht vor dem Berlin, wie es wirklich ist und wie es nicht im Bardesker steht. Er überzuckert das harte Dasein des großstädtischen Proletari-

ekindes nicht mit süßen Sentimentalitäten und täuscht keine märchenhafte Fata Morgana vor, wo eine Wüste ist. Aber er beweist mit diesem Buch, daß die Märchen die Geschwister der Wirklichkeit sind, daß auch die Großstadt etwas Märchenhaftes hat und daß auch auf dem steinernen Meer die Segler der träumerischen Phantasie schwimmen können.

„Der Kraftbonbon und andere Großstadtmärchen“ nennt sich das Buch, dessen zierliches Format dem Wesen dieser kleinen und amüsanten Geschichten entspricht. Schönlanck hat entzückende Einfälle die Hauptfische bei einem Märchen der Phantasie, wie sie nur ein kindliches Gemüt haben kann, krepelt er die Wirklichkeit um und zeigt ihre märchenhafte Innenseite. Dabei ist die Sprache einfach und ungekünstelt. Die Märchen sind im Erzählton geschrieben. Schönlanck erzählt wirklich, und die Kinder sitzen um ihn herum und hören mit leuchtenden Augen zu. Das neue Glüdenbuch wird Freude machen bei jung und alt.

„Elementarwandlung“ - Atomzertrümmerung. von Alchemie zur physikalischen Chemie. Verfaßt von J. Leman. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Brosch. 1,50 Mk., in Ganzleinen 2,- Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk.

Mensch und Welt vom klassischen Altertum bis zur Gegenwart schildert der Verfasser so spannend, gründlich und gemeinverständlich zugleich, daß Prof. Einstein nach der Lektüre des Manuskriptes schrieb: „Ich war erstaunt über die Güte der Darstellung und das Talent des Autors für die populäre Erklärung wissenschaftlicher und historischer Verhältnisse.“ Keine bisherige historische naturwissenschaftliche oder philosophische Darstellung kann sich mit diesem Werke messen. Auf der Suche nach dem Go de hat sich der Mensch im Altertum Problemen zugewandt, deren Lösung uns heute mit den Gesetzen bekannt machen, die das Kreisen der Elektronen im Atom und der Himmelskörper im Weltraum beherrschen. Es gibt keine bessere Einführung in die Gedankenwelt der modernen Naturwissenschaft, die auch die Wege zum Verständnis der Relativitätstheorie ebnet.

Inhalt, Ausstattung und die wirkungsvollen Abbildungen, die zum besseren Verständnis der Darlegungen dem Werke beigegeben wurden, sind vorzüglich, so daß wir diese Schrift jedem geistig interessierten Menschen nur wärmstens empfehlen können.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler, siehe „Gr. Pr.“ Nr. 39, 1928.

Burgstädt i. Sa.: Alfred Löschner, Chemnitz, Jahnstraße 44, III.

Flensburg: Heinrich Printzen, Großestr. 49-51, b. Daniel.

Kaiserlautern: Gustav Feldbusch, Bännjerstr. 13.
Köln a. Rh.: Lith. u. Stdr.: Gustav Kalker, Köln a. Rh.-Lindenthal, Weyerthal 57.

Chemigr., Licht- u. Tiefdr.: Walter Koller, Köln a. Rh., Dreikönigenstr. 8.

Formst.: Arnold Ammel, Köln a. Rh., Vondelstraße 28, Hth.

Magdeburg: Lith. u. Stdr.: Paul Zacharias, Magdeburg-N., Schmidtstr. 43.

Chemigr., Kupfer- u. Tiefdr.: Fritz Fülle, Magdeburg, Gartenstadt Hopfengarten, Buchenweg 10.

Lichtdr.: Karl Wolf, Halberstädter Str. 30a.

Selb i. B.: Robert Männl, Längenauerstr. 74.

Wurzen i. Sa.: Artur Kögel, Marienstr. 2.

Zeitz: Die Mitgliedschaft ist aufgelöst und zählt als Nebenort zu Leipzig.

Frankfurt a. M.: Gauleiter, Gehilfenkreisvertreter im Steindruckgewerbe und Arbeitsnachweisverwalter für sämtliche Berufe: Gustav-Gruß, Allerheiligenstr. 53, III.

Zentralarbeitsnachweis für das Deutsche Formstechergewerbe:
Alex Czech, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II. Telephone: F. 5 Bergmann 5933.

Polen:
Związek Litografów, Chemigrafów i Pokrewnych Zawodów W Polsce, Warszawa (Warschau) Miłodowa 7. Polen.

Alterer, tüchtiger, mit der Papierwarenbranche vertraut

Steindruck-Maschinenmstr.

in Dauerstellung sofort gesucht.

HUGO BESTEHORN, MAGDEBURG-N.

Für sofortigen Eintritt

tüchtige Farbenätzer

gesucht. Briefe mit Gehaltsansprüchen, Alter, Zeugnisabschriften und Mustern an

L. van Leer & Co., Amsterdam.

Zinkdruckplatten

in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur

Zinkätzsais D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12829

FACHLITERATUR!

PLAKATE. Originalentwürfe von H. Neumann. Preis inkl. Nachn. 10.60 RM.
ZU FROHEN FESTEN von P. Barthel. Preis inkl. Nachnahme 1.10 RM.
DER LITHOGRAPHISCHE MASCHINENDRUCK von Golmert. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.
LEHRBUCH DER LITHOGRAPHIE U. DES STEINDRUCKES von Alois Senefelder. Preis inklusive Nachnahme 11.70 RM.
DAS TAUSCHIEREN UND ÄTZEN DER METALLE von G. Schweikhard u. W. v. Falkenstein. Preis inkl. Nachnahme 1.60 RM.
DIE LITHOGRAPHISCHEN VERFAHREN UND DER OFFSETDRUCK v. Otto Krüger. Über 270 Seit. Text m. etwa 130 Abbildung. und 20 zum größt. Teil farb. Tafeln. Preis inkl. Nachn. 18.60 RM.
DER FILMLICHTDRUCK v. Otto Neuberger. Preis inkl. Nachn. 1.75 RM.
DER WERDEGANG DER CHROMOLITHOGRAPHIE in 12 Farben, 23 Tafeln auf Chromokarton mit Erläuterung Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5.10 RM.
DER WERDEGANG DES TIEFDRUCKES in 4 Farben, 7 Tafeln auf feinstem Kupferdruckkarton mit erläuternden Worten. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5.10 RM.
DER WERDEGANG DER AUTOTYPHE 7 Tafeln auf erstklassigem Chromokarton mit ausführlichen Erklärungen Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5.10 RM.
DER WERDEGANG DES FILMLICHTDRUCKS in 4 Farben, 7 Tafeln auf weißem Lichtdruckkarton mit erläuterndem Text Preis inkl. Nachn. 5.10 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.